

Pressemitteilung: Corona Fälle in der EAE Essen 22/07/2020

ProAsyl/Flüchtlingsrat Essen e.V.
Friedrich-Ebert-Straße 30
45127 Essen

Fon 0201-20539
Fax 0201-2200387
E-Mail info@proasylessen.de
www.proasylessen.de

Bankverbindung
Sparkasse Essen
IBAN
DE14 3605 0105 0001 6006 26
BIC
SPESDE33XXX

Zusammenfassung: Nach Bekanntwerden der ersten Corona-Fälle in der Erstaufnahmeeinrichtung (EAE) Essen bekräftigt ProAsyl/Flüchtlingsrat Essen e.V. die bereits geäußerte Kritik an großen Gemeinschaftsunterkünften und fordert eine dezentrale Unterbringung. Für die aktuelle Situation in der EAE Essen erachten wir neben der Testung der Bewohner*innen auch ein Corona-Screening der Mitarbeiter*innen für erforderlich. Darüber hinaus muss endlich W-LAN in der Einrichtung installiert werden. Denn insbesondere für die in der EAE unter Quarantäne stehenden Menschen ist digitale Teilhabe von besonderer Bedeutung.

Schon zu Beginn der Pandemie hat ProAsyl/Flüchtlingsrat Essen e.V. die Gesundheitsgefährdung Geflüchteter, die in großen Gemeinschaftsunterkünften untergebracht sind, thematisiert. Dabei wiesen wir auf das erhöhte Ansteckungsrisiko in derartigen Unterkünften und auf die Empfehlungen des Robert Koch Instituts (RKI) hin, die besagen, dass die gesetzlichen Kontaktbeschränkungen in allen Gemeinschaftsunterkünften für Geflüchtete umsetzbar sein müssen. Zusammen mit dem Flüchtlingsrat NRW und weiteren Organisationen forderten wir in dem landespolitischen Appell „Infektionsschutz für alle!“ und in unserem Offenen Brief an Oberbürgermeister Kufen vom 8. Juli 2020 eine dezentrale Unterbringung sowie weitere Maßnahmen, um die Ansteckungsgefahr zu reduzieren.

Seit dem 20. Juli 2020 ist durch die gemeinsame Presseerklärung der Bezirksregierung Düsseldorf und der Stadt Essen bekannt, dass sich in der EAE Essen, wie in vielen anderen Gemeinschaftsunterkünften zuvor, derzeit positiv auf das Corona-Virus getestete Geflüchtete aufhalten. Angesichts dieser Entwicklung sehen wir an mehreren Stellen (dringenden) Handlungsbedarf. „Wir freuen uns, dass nun endlich auch die Bewohner*innen der EAE Essen getestet werden“ kommentiert Inka Jatta die ergriffenen Maßnahmen der Behörden vor Ort. Des Weiteren fordert sie: „Es sollte jedoch ebenso eine Testung für die Mitarbeiter*innen der EAE ermöglicht werden, ähnlich wie es für Lehrer*innen und Erzieher*innen geplant ist. Außerdem muss den Geflüchteten in der Einrichtung schnellstmöglich W-LAN zur Verfügung gestellt werden, um den Menschen in Quarantäne ein Mindestmaß an digitaler, gesellschaftlicher Teilhabe und Freizeitgestaltung zu ermöglichen.“

Darüber hinaus ist zu gewährleisten, dass die Menschen in Quarantäne eine Möglichkeit bekommen, die Angebote der Verfahrensberatung oder der Psycho-Sozialen-Zentren (PSZ) in Anspruch zu nehmen. Außerdem müssen Infektionsschutzmaßnahmen vor Ort konsequent umgesetzt werden. Eine Kohortenbildung der Bewohner*innen, wie sie Stadt und Bezirksregierung in ihrer Pressemitteilung erwähnen, ist nach den Beobachtungen unserer Mitarbeiter*innen derzeit nicht erkennbar. Langfristig muss auf Landes- und Bundesebene - nicht nur wegen der derzeitigen Pandemie - ein Umdenken stattfinden, damit die unhaltbaren Lebensbedingungen für Geflüchtete in Sammelunterkünften ein Ende finden.

Für Rückfragen stehe ich unter 0201 – 20539 zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Inka Jatta (Geschäftsführung ProAsyl/Flüchtlingsrat Essen e.V.)

Steuernummer 111/5789/1507
Vereinsregisternummer 20531
Amtsgericht Essen

Vorstand
G. Giesecke, J. Gerhard-Kemper,
K.-A. Richter, A. Staudé